

Das Erwachen der Schlafstädte

Neuer suburbaner Protest in Antiwachstumskoalitionen

Grischa Bertram

Einleitung

Wenn aktuell neue suburbane Stadterweiterungen geplant werden, so führt dies in Zeiten der Reurbanisierung nicht nur zu veränderten Planungsverfahren und -vorstellungen, wie sie in den übrigen Kapiteln dieses Sammelbandes beschrieben werden. Die Planung findet vielmehr unter veränderten, »reurbanisierten« Rahmenbedingungen statt, die sich nicht nur auf den stadtpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Kontext, sondern auch auf die angrenzenden suburbanen Bestandsgebiete und die politische Partizipation der dort lebenden Bevölkerung beziehen. Der Beitrag fokussiert auf politische Partizipation in einem »reurbanisierten« Suburbia und zeigt, dass in den vermeintlichen »Schlafstädten« früherer Jahrzehnte ein politisches Erwachen stattgefunden hat. Dies wird vor allem deutlich an Antiwachstumskoalitionen (AWK) aus Anwohner*innen, Landwirt*innen und weiteren lokalen und regionalen Akteur*innen (Bertram/Bertram 2019), die den bislang weitgehend ungestört agierenden städtischen Wachstumskoalitionen (Molotch 1976; Logan/Molotch 1987) entgegentreten. Grundlage dafür sind deutlich veränderte planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstrukturen für lokalen Planungsprotest (Bertram 2019) im suburbanen Raum. Aus der Analyse von sechs bekannten AWK in vier bundesdeutschen Großstadtreionen fragt der Beitrag nach der Bedeutung dieser wachstumskritischen Bündnisse für sowohl den Postwachstumsdiskurs als auch die Durchsetzung neuer suburbaner Quartiere mittels Wachstumskoalitionen.

Der Beitrag stützt sich auf Fallstudien aus dem Forschungsprojekt »Aktuelle Strategien zum Umgang mit einem dynamischen Städtewachstum«, das von 2019 bis 2020 für den vhw – Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e.V. bearbeitet wurde und unter anderem zeigte, dass »Wachstumsschmerzen« bei der bislang vorrangigen Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Innenentwicklung in dynamisch wachsenden Städten nunmehr zu umfangreichen Vorhaben im Außenbereich führen (Bertram/Altrock 2021a; Bertram/Altrock 2021b). Im Rahmen wurden 15 Planungsvorhaben für neue Stadtquartiere mit mehr als 500 Wohn-

einheiten in fünf bundesdeutschen Städten analysiert. In Hamburg, München, Frankfurt und Freiburg wurde in insgesamt sechs Projekten das Entstehen von (teils unvollständigen) AWK festgestellt. Lediglich in Leipzig, wo noch ausreichend Innenentwicklungsflächen zur Verfügung stehen, konnte kein solches Bündnis erfasst werden.

Wachstumskoalitionen und lokaler Widerstand

Wachstumskoalitionen als Wettbewerbskoalitionen in der Bundesrepublik

Zur politökonomischen Erklärung für Suburbanisierung ist das von Molotch entwickelte und gemeinsam mit Logan fortgeführte Konzept der »Wachstumskoalitionen« noch immer zentral (Molotch 1976; Logan 1976; Logan/Molotch 1987). Auch im bundesdeutschen Kontext wird der Begriff genutzt, um die Durchsetzung von Stadterweiterungen und marktorientierter Stadtentwicklung zu beschreiben, obwohl die Übertragbarkeit des US-amerikanischen Ansatzes mit ihrer deutlich stärkeren regulatorischen Rolle der überlokalen Ebenen und der stärkeren Eigenständigkeit der Nachbarkommunen in Frage gestellt wird (Strom 1996). Parallelen bestehen hingegen durch die Unterschiede städtischer und nationaler Ökonomien: Städte sind nicht nur stärker reguliert, mit »Stadtwachstum« ist auch fast immer flächenbezogenes Wachstum und damit steigende Renten, nicht die Akkumulation von Kapital, gemeint (Domhoff 2005).

Den lokalen Eliten, die die »Wachstumskoalitionen« bilden, ist insofern weniger daran gelegen, dass »ihre« Stadt als makroökonomische »Growth Machine« funktioniert (Molotch 1976), sondern dass sie selbst direkt oder indirekt am Gewinn partizipieren. Sie konkurrieren damit mit anderen Städten und Regionen um den Ort des Wachstums und sind im Grunde Wettbewerbskoalitionen. Wenngleich somit auch haushälterisch motiviert, verfolgen die Koalitionen damit oftmals auch eine auf Bevölkerungswachstum orientierte Migrationspolitik (Kühn et al. 2020). Neoliberale Tendenzen haben die Bedeutung des Konzepts für die Stadtentwicklung auch in Europa erhöht (Lloyd/Newlands 1988).

Durch die kommunale Basis bestehen Wachstumskoalitionen aus lokalen Akteur*innen, die vom Wachstum profitieren – in der Regel lokale Eliten, wie Vertreter*innen lokalstaatlicher Institutionen, Kommunalpolitiker*innen, Immobilien- bzw. Landbesitzer*innen und Bauunternehmen. In der Bundesrepublik Deutschland waren in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg aber auch Kommunalunternehmen und genossenschaftliche oder gemeinwohlorientierte Bauträger*innen von erheblicher Bedeutung (Kramper 2019), während die Landbesitzer*innen häufig örtliche (Groß-)bauern, Kirchen oder die Kommune selbst waren. Diese Akteur*innen passen aufgrund ihrer Gemeinwohlorientierung

weniger in das Konzept, wenngleich zumindest Kommunalpolitiker*innen häufig auf gesellschaftliche Renditen wachstumsorientierter Lokalpolitik verweisen (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung [BMVBS]/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [BBR] 2008).

Lokaler Widerstand in planungsbezogenem Protest

Von besonderer Bedeutung in diesem Beitrag ist das Verhältnis der Wachstumskoalitionen zu lokalem Widerstand, der städtisches Wachstum bzw. seine Manifestation an bestimmten Standorten aus unterschiedlichen Gründen ablehnt und ggf. Alternativen vorschlägt. Molotch geht dabei davon aus, dass diese Opponent*innen relativ schwache Akteur*innen sind, nämlich Nachbar*innen, die weder an Renten noch Kapital interessiert sind, und Umweltschützer*innen (Molotch 1976). Sie seien so schwach, dass sie durch ihren Widerstand die jeweilige Wachstumskoalition sogar noch stärker, weil ihr »Wir-Gefühl« erst durch den Widerstand, den sie erfährt, vergrößert würde und sich eine konsistente Gruppe ausbilden könne (Fuhse 2006; Bertram 2014).

In einer reifen und multiplen Demokratie besitzen lokale Akteur*innen grundsätzlich vielfältige Handlungsoptionen, um ihre Meinung zu artikulieren und an der Stadtentwicklungspolitik zu partizipieren (Nolte 2011; Offe 2003; Roth 2015). Lokaler politischer Protest ist dabei in besonderem Maße geeignet, kritische Stimmen zu erfassen und anhand ihres Framings zu analysieren (Bertram 2019). Hier zeigt sich zunächst: Zwar besitzen Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik eine lange Tradition (Guggenberger 2009), doch führten Stadterweiterungen bis vor kurzem selten zu bürgerschaftlichem Protest. Auch die insgesamt bedeutendere Gegenwehr durch die institutionalisierten Organisationen der Umweltbewegung, die vor allem auf dem Klageweg gegen »locally unwanted land-uses« vorgingen (Selle 2015), waren schon wegen hier langer Zeit eingeschränkter Rechtsmittel seltener auf Stadterweiterungen bezogen. Dies sprach bislang ebenfalls eher dafür, dass Konzept der Wachstumskoalitionen für Deutschland in Frage zu stellen – denn, wo kein Widerstand, da keine durch ihn gefestigte Wachstumskoalition.

Allerdings offenbart das Verständnis von lokalem Protest, das im Wesentlichen der Vorstellung von sogenannte »NIMBYs« entspricht – einem Ressentimentbegriff, der den der Mittelschicht entstammenden Protestierenden Partikular- statt Gemeinwohlinteressen unterstellt (Menzl 2014, 68f; Cotgrove/Duff 2003; Gestring et al. 2014, 10) und hier mit Lake kritisch gesehen wird (Lake 1993) –, auch eine konzeptionelle Schwäche der Wachstumskoalitionen: Beide Ansätze betonen affekthafte und irrationale Aspekte, nicht die bewussten Entscheidungen der protestierenden Bürger*innen (Jasper 2012). Der Hinweis auf ihren relativ gehobenen sozialen Status führt nicht dazu zu prüfen, ob andere Bevölkerungsteile durch ein Vorhaben gegebenenfalls ebenfalls herausgefordert werden, aber keine hinreichen-

den Protestressourcen mobilisieren können (Lipsky 1968). Vor allem aber verkennen sie die »doppelte Signatur«, die Proteste besitzen, weil sie nicht nur gegen, sondern immer mindestens implizit auch für etwas eintreten (Rucht 2001), und schreiben Protestformen, die auf soziokulturelle Regelgebundenheit und politische Möglichkeitsstruktur zurückzuführen sind einseitig den Protestakteur*innen zu: So käme ihr Protest »zu spät«, wenn er erst kurz vor einer kommunalpolitischen Entscheidung beginnt – unabhängig davon, ob sie früher dazu in der Lage gewesen wären oder ihr Ziel zuvor innerhalb anderer politischer Strategien verfolgten.

Planungsprotest in suburbanen Möglichkeitsstrukturen

Planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstrukturen

Gerade auf solche politische Möglichkeitsstrukturen soll jedoch der Fokus in diesem Beitrag gelegt werden. Eisingers Ansatz zur Beschreibung der Entstehung von Protest ist bis heute eine der dominierenden Theorien in der Bewegungsforschung (Eisinger 1973; Opp 1996). Im Gegensatz zum Ressourcenmobilisierungsansatz, der sich auf interne Faktoren konzentriert (Lipsky 1968), untersucht er die Entstehung und Entwicklung von Protest anhand externer Bedingungen (Pollack 2000). Obwohl bereits Eisingers Ausgangspunkt empirische Ergebnisse in US-amerikanischen Städten war, wurde das Konzept hauptsächlich zur Erklärung nationaler sozialer Bewegungen verwendet, nicht aber für lokale Planungsproteste. Bei der Anwendung auf planungsbezogene Proteste ist eine Konzentration auf die Strukturen des lokalen Planungsprozesses notwendig, um eine planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstruktur zu identifizieren (Bertram 2019). Sie beschreibt die Möglichkeiten und auch Hindernisse, denen sich Protestakteur*innen in Stadtplanung und -politik gegenübersehen. In dem Moment, in dem sich der Protest formiert, öffnet sich ein Gelegenheitsfenster, in dem die Akteur*innen den Protest als Beteiligungsform wählen. Er wird dann als die potenziell wirksamste Form mit den größten Erfolgchancen in Bezug auf Ressourceneinsatz und Risiko wahrgenommen (Meyer 2004; Tarrow 2011) und kann mit anderen Formen der Beteiligung kombiniert werden (Bertram 2019). Potenzielle Protestierende müssen im planungspolitischen Feld der verschiedenen Akteur*innen subjektiv eine Möglichkeit zu erkennen, ihren alternativen Problemlösungsansatz mit Protest durchzusetzen. Da Protest – trotz Normalisierung (Bertram/Altrock 2020) – weiterhin als eine vergleichbar risikoträchtige Partizipationsform gilt, müssen andere Möglichkeiten zur Beteiligung gleichzeitig weniger erfolgsversprechend erscheinen.

Als Teil der Möglichkeitsstruktur wird dabei alles angesehen, was Menschen ermutigt oder entmutigt, sich an politischen Protesten zu beteiligen, unabhängig davon, ob diese Situation formell etabliert oder dauerhaft ist (Tarrow 2011): »Die Sta-

bilität oder die Gespaltenheit der Eliten, das Vorhandensein oder die Abwesenheit von Verbündeten [...] unter den Eliten, Konfliktstrukturen« (Pollack 2000) oder der Zugang zum formalisierten System der politischen Entscheidungsfindung (McAdam 1996). Das Ausmaß, in dem es politischen Initiativen gelingt, »to be able to gain access to power and to manipulate the political system«, ist jedoch keineswegs gleichzusetzen mit dem Aufkommen von Protest (Eisinger 1973). Das Gegenteil ist der Fall: Nicht nur hochgradig geschlossene politische Systeme verhindern Protest durch Repression, auch extrem offene neigen dazu, zivilgesellschaftliche politische Aktivitäten zu assimilieren und verhindern damit eigenständige Partizipation (Pollack 2000).

Unpolitische Vorstadt: Bisherige suburbane Möglichkeitsstrukturen für Planungsprotest

Um planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstrukturen in suburbanen Gebieten an den Stadträndern bundesdeutscher Großstädte, die im vorliegenden Band im Mittelpunkt stehen, und ihre Veränderung in Zeiten einer »neuen Suburbanität« aufzuzeigen, stehen wenige gesicherte Erkenntnisse zur Verfügung. Die deutschsprachige Literatur baute dabei lange Zeit vor allem auf klassischen US-amerikanischen Werken auf (Wirth 1938; Gans 1962; Bertram 2021), um später teilweise relativiert zu werden (Menzl 2007). Dies spricht zunächst dafür, die Möglichkeitsstrukturen als von Ort zu Ort verschieden anzusehen und ggf. als subjektive Wahrnehmung der Akteur*innen zu verstehen (Opp 2009, 167–171). Dies ist an dieser Stelle allerdings lediglich für die aktuelle Situation in den Fallstudien, nicht aber rückblickend möglich (s.u.). Stattdessen muss hier auf eine stark vereinfachte, verallgemeinerte und damit in Teilen klischeehafte Darstellung zurückgegriffen werden.

Hier überwiegt das Bild einer »unpolitischen« Vorstadt mit einer aus vielerlei Gründen ungünstigen Möglichkeitsstruktur für bürgerschaftliche (Protest-)Partizipation. Suburbane Stadtteile repräsentieren in erster Linie gesellschaftliche Strukturen des Rückzugs in Privatheit (Menzl 2007) und des Individualismus (Silver/Melkonian 1995): Suburbanit*innen sehen ihr Viertel als einen Ort, der persönliche Freiheit bietet und wenig verlangt (Göb 2019). Dies gilt auch und vermutlich noch verstärkt für Zuschreibungen von außen und in gesteigerter Form für baupologisch weitgehend homogene, dem Lebensstil der Mittelschicht angepassten Einfamilienhausgebiete, bei denen auch die Eigentumsstruktur privatisiert und individualisiert ist (Gans 1962). Für suburbane Großwohnsiedlungen kann zwar auch auf den planerischen Anspruch verwiesen werden, über Gemeinschaftseinrichtungen und -flächen Kontakte und Teilhabe zu ermöglichen, doch wird die Darstellung von ihrer Dysfunktionalität bestimmt, hat sich die Bevölkerungsstruktur oftmals in einer Weise entwickelt, durch die ein Großteil der Bewohner*innen etwa aufgrund fehlender Staatsbürgerschaft oder mangelnder Ressourcen strukturelle und

individuelle Partizipationshindernisse erleben und wird tatsächlich stattfindende Partizipation häufig abgewertet (Schierup et al. 2014).

Gemeinsam ist beiden Vorstadttypen, die Orientierung an Bedürfnissen junger Familien in traditioneller Rollenverteilung (Hayden 1980; Sandercock/Forsyth 1992; Rahn 2011; Bertram 2021). Daraus ergibt sich für politische Partizipation der Bewohner*innen einerseits die Artikulation relativ einheitlicher, jedoch überwiegend privater Interessen, andererseits eine Tendenz zur Nichtbeteiligung durch »abwesende«, weil auspendelnde »Haushaltsvorstände« und sich eher im direkten sozialen Umfeld engagierende Vorstadtmütter, denen auch Eigenschaften wie Gehorsam und Konformität zugeschrieben wurden (England 1993; Frank 2003). Da beide Typen sich erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten, waren die entsprechenden nachbarschaftlichen Netzwerke bislang auch relativ jung und unterentwickelt. Lokale Gemeinschaften konzentrierten sich auf alltagspraktische Themen wie Kindererziehung, Freizeitgestaltung, Heim- und Gartenarbeit, nicht aber auf eine lokale Zivilgesellschaft im engeren, gemeinwohlorientierten Sinne oder gemeinsame politische Handlungen. In Bezug auf bundesdeutsche Planungsproteste schienen die Zuschreibungen von Homogenität und Privatheit zumindest teilweise zuzutreffen: Lange gab es zwar viele prominente Beispiele für Planungsproteste mit einem breiten Themenspektrum. Sie fanden aber fast alle entweder in innerstädtischen oder in ländlichen Gebieten statt (Butzlaff 2016; Menzl 2014). Die Vorstädte spielten lange Zeit eine untergeordnete Rolle, wenn es darum ging, Unzufriedenheit mit ihren lokalen oder regionalen Behörden zu artikulieren, und die Wachstumskoalitionen konnten hier bis weit in die 1990er Jahre hinein unbehelligt neue Wohnquartiere produzieren.

Dass auch Stadterweiterungsgebiete »a volatile political environment as any other« sind (Silver/Melkonian 1995, 2), lag bislang einerseits an staatlicher Planung, Förderung und Infrastrukturbereitstellung, die ihr Entstehen überhaupt erst ermöglichten und der damit verbundenen Zielsetzung des angemessenen Wohnraums und der Eigentumsbildung für breite Bevölkerungsteile. Andererseits gerade im Zusammenkommen von Wachstumskoalitionen zur Ermöglichung des städtischen Wachstums durch Zusammenwirkung oftmals ländlich und kleinteilig strukturierter Akteurskonstellationen, bei denen Immobiliengeschäfte nebensächlich und entsprechend wenig professionalisiert war. Zumeist handelte es sich um Landwirt*innen, die bei sinkenden Erträgen aus dem Kerngeschäft über Einnahmen aus der so genannten »vierten Fruchtfolge« – den Wertzuwachs durch Landverkauf – dankbar waren, da anders als etwa in den Grüngürteln um britische Großstadtreionen waren unter den Landeigentümer*innen sowohl Traditionals als auch lokales Verantwortungsbewusstsein relativ schwach ausgeprägt waren. Im Gegensatz zu den Grüngürteln wurden die suburbanen Räume kaum als eigene Landschaft, sondern als urbane Peripherie begriffen, womit etwa auch wenig Anlass zur Kooperation über Gemeindegrenzen hinweg bestand.

Hierin deutet sich bereits an, dass nicht nur die planerisch-politische Möglichkeitsstruktur schwach ausgeprägt war. Dem bürgerschaftlichen Protest fehlten in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten zumindest in der »alten« Bundesrepublik schlicht die Anlässe. Die wenigen neuen Quartiere hatten ausreichenden Abstand zum »Hinterhof« potenzieller NIMBYs und waren in Art und Maß dem Bestand ähnlich – lediglich bei späten Planungen für Großwohnsiedlungen kam es z.T. wie in Oberbillwerder durchaus zu Protesten. Und neben den fehlenden Klagemöglichkeiten erkannten viele Umweltverbände im agrarindustriell genutzten Speckgürtel auch kaum flächendeckende Naturschutzbelange mit Ausnahme einer allgemeinen Kritik am »Flächenfraß« der Suburbanisierung. Diese Kritik allerdings ist als Leitsatz »innen- vor Außenentwicklung« Teil des regulatorischen Rahmens als Gemeinsam mit fiskalischen Eigeninteressen der Kernstädte.

Veränderte suburbane Möglichkeitsstrukturen für Planungsprotest

Trotzdem werden nun vermehrt auch an den Rändern großer Städte bürgerschaftliche Planungsproteste wahrgenommen. Eher strukturalistisch ließe sich dies damit erklären, dass Brachflächen den wachsenden Wohnraumbedarf nicht mehr decken können und viele Städte großflächige Stadterweiterungen planen (Bertram/Altrock 2021b). Da diese Vorhaben weiterhin nur einen kleinen Teil der Protestanlässe darstellen, ist auch hier ein Blick auf Veränderungen der planerisch-stadtpolitischen Möglichkeitsstruktur erkenntnisreicher (Tab. 1).

Diese Perspektive wird teilweise unterstützt durch neuere Arbeiten, die die zunehmende Vielfalt und Heterogenität der suburbanen Realität betonen und die alte Dichotomie urban/suburban weitgehend aufheben (Frank in diesem Band; Keil 2018; Lütke/Wood 2016; Walks 2013). So hat sich die Demographie in den bestehenden Vorstädten in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen vorstädtischen Wohngebieten, die ab den 1970er Jahren vorwiegend für Familien gebaut wurden, verändert. Die Bewohnerschaft ist inzwischen gealtert, geht in den Ruhestand, hat keine Kinder mehr zu versorgen und erfreut sich noch guter Gesundheit. Daher haben viele Bewohner*innen jetzt mehr Zeit für politisches Engagement und verbringen gleichzeitig mehr (Frei-)Zeit am Wohnort, womit auch die Wertschätzung für angrenzende Natur- bzw. Naherholungsräume steigt. Während der öffentliche Raum im bebauten Gebiet oft monofunktionale Straßenflächen sind, ersetzen angrenzende Grünflächen fehlende Plätze und Treffpunkte. Die Menschen sind oft gut ausgebildet und verfügen über beträchtliche finanzielle Ressourcen und Netzwerke. In älteren suburbanen Gebieten konnten sich Gemeinschaften, Vereine und Nachbarschaften entwickeln (Lütke/Wood, 2016).

Die zunehmende Protestneigung ist allerdings nur zu erklären, wenn man auch die veränderte Trägerschaft politischen Protests betrachtet: Während lange Zeit vor allem junge Menschen wie Studierende als wesentliche Treiber des Protests galten,

sind es heute oft Menschen in der zweiten Lebenshälfte, die sich an Protestaktionen beteiligen. Protest ist eine »normale« Partizipationsform geworden, die für breite Bevölkerungsschichten zugänglich ist (Rucht 2006). Die Mittelschicht wird als »radikalisiert« beschrieben (Gestring et al. 2014; Cotgrove/Duff 2003) und Protest als wirkt vormalig »subalterne« Ausdrucksform teilweise gar »gentrifiziert« (Bertram 2019).

Tab. 1: Ursprüngliche und veränderte planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstrukturen für lokalen Planungsprotest

Ursprüngliche suburbane planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstruktur	Veränderte suburbane planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstruktur
Bevölkerung überwiegend junge Familien	Zunahme von Rentner*innen und <i>empty nesters</i>
Vor allem direkte soziale Nachbarschaftskontakte, kaum zivilgesellschaftliche Organisationen	Gewachsene Gemeinschaften und Zivilgesellschaft in Nachbarschaften
Kleinteilige, semi-professionelle Eigentümerstrukturen	Zusammengelegte und professionalisierte Eigentümerstrukturen
Kapitalisierungsinteressen der Landeigentümer*innen	Kapitalinteressen der Landeigentümer*innen
Landeigentümer*innen Teil der Wachstumskoalitionen	Landeigentümer*innen nicht länger Teil der Wachstumskoalitionen
Wenige flächendeckende Naturschutzbelange	Klimaanpassung und Flächenschutz als flächendeckende Naturschutzbelange
	Bedeutungszunahme wohnortnaher Naherholung
Verlagerung der Anlässe in Innenbereich	

Eigene Darstellung

Politökonomisch bedeutender sind allerdings veränderte Rahmenbedingungen für weitere potenzielle Protestakteur*innen. Nach zwei Jahrzehnten der Reurbanisierung haben sich nicht nur die Innenstädte dramatisch verändert. Auch die Situation in den Vorstädten hat sich verändert. Die Stadterweiterung kehrt nun zwar in die Außenbezirke zurück, ist dort aber mit einer völlig veränderten Situation konfrontiert, die nun die bisher nicht gekannten AWK ermöglicht. Nicht nur ist das Suburbane urbaner geworden (Frank in diesem Band) – vielmehr erscheint auch die Suburbanisierung »reurbanisiert« und ehemalige Partner*innen subur-

baner Wachstumskoalitionen haben »die Seiten gewechselt«. Insbesondere sind die Landwirt*innen nicht länger Teil der städtischen Wachstumskoalitionen, da sie für innerstädtische Projekte nicht benötigt wurden und nun gefestigte Bindungen fehlen. Stattdessen gibt es eine neue Wertschätzung landwirtschaftlicher Flächen und es steigen die Umsätze für landwirtschaftliche Produkte. Dies und die veränderten politischen Bedingungen führen zu einem neuen Selbstbewusstsein der Landwirte, sich für ihre langfristigen Interessen und die der Gesellschaft einzusetzen und ihr Land nicht nur an den Meistbietenden zu verkaufen (Koch 2018). Auch die Position der Naturschutzverbände hat sich verändert. Einerseits besitzen sie seit 2011 Klagebefugnis in Bauleitplanungsverfahren (Schmidt et al. 2014), andererseits sind siedlungsnahen Grünflächen zu einem Schlüsselthema bei der Vermeidung thermischer Belastungen im Klimawandel geworden und auch das Schutzgut »Fläche« in der öffentlichen Diskussion bedeutender. Hieraus ergeben sich auch gänzlich neue inhaltliche Allianzen zwischen Landwirt*innen und Naturschutzverbänden (Bertram/Bertram 2019).

Schließlich verändern auch Städtebau und Architektur der neuen suburbanen Quartiere selbst die Möglichkeitsstruktur lokalen Planungsprotests. Die Konzepte unterscheiden sich deutlich von dem bestehenden Wohnungsbestand aus freistehenden Einfamilienhäusern der 1980er und 1990er Jahre sowie den Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre. Sie sind dicht, mit Wohnungen als vorherrschender Wohnform, viel kleineren Grundstücken und – zumindest in den Renderings der Ideenwettbewerbe – vielen hochwertigeren öffentlichen Freiräumen. Während die Vorstädte kompakter werden, verringern sich die Abstände zu den Hinterhöfen potenzieller »NIMBYs«. Die Bewohner*innen der bestehenden Vorstädte halten diese Form der Stadtentwicklung für unangemessen und sehen darin eine Bedrohung ihrer Lebensweise, einen Versuch der Profitmaximierung und weniger einen Versuch, den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Neuer Planungsprotest in Antiwachstumskoalitionen

Antiwachstumskoalitionen als neuer Typ lokalen Planungsprotests

Innerhalb der so veränderten planerisch-stadtpolitischen Möglichkeitsstruktur entstehen an den Rändern bundesdeutscher Großstädte Antiwachstumskoalitionen (Bertram/Bertram 2019). Sie stellen lose Verbindungen zwischen heterogenen Akteur*innen dar, die punktuelle strategische Allianzen und Zweckbündnisse bilden. Betroffene Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Landwirt*innen und andere Gewerbetreibende, Parteien und politische Gremien der sublokalen Ebene, in mindestens einem Fall aber auch Nachbarkommunen verbin-

den ähnliche Interessen – oder als kleinster gemeinsamer Nenner die Ablehnung eines geplanten Projekts.

Antiwachstumskoalitionen stellen eine erhebliche Ausweitung der Reichweite lokalen Planungsprotests dar, der in der Regel von relativ kleinen Bürgerinitiativen oder anderen lokalen Organisationen und Gruppen getragen wird. Zwar kann es auch zwischen diesen Initiativen zu Kontakten und Austausch kommen, doch sind die jeweiligen Netzwerke durch gegensätzliche Interessen und Anliegen, räumliche Distanz und bestehende Gruppenzugehörigkeiten begrenzt (Bertram 2019). Auch die »Mitgliedschaft« in Antiwachstumskoalitionen ist nicht formalisiert. Die Koalitionen werden durch konzertiertes Handeln, abgestimmte Programmatik, Vernetzung und manchmal gegenseitige Unterstützung einzelner Akteur*innen gebildet. In der Regel gibt es jedoch keine Veranstaltungen, bei denen alle Partner*innen zusammenkommen, keine gemeinsamen Erklärungen und keine übergreifenden Organisationen. Sie sind ein analytisches Konzept zur Beschreibung informeller Netzwerke verschiedener Organisationen, die durch gemeinsame Ziele verbunden sind, ohne dass die Beteiligten zwangsläufig wissen, dass sie in einem solchen Netzwerk agieren. Bis zu einem gewissen Grad können sie Partner*innen mit sonst gegensätzlichen Ansichten oder Interessen einschließen. Erkennbar wird dies insbesondere bei Koalitionen, denen sowohl Naturschutz- als auch Landwirtschaftsverbände zugerechnet werden, die sich bei vielen anderen Gelegenheiten uneins über die Landnutzung sind.

Damit lässt sich die Koalitionsbildung auch als zweite Mobilisierungsstufe verstehen: In den Fallstudien bildeten zunächst entweder betroffene Anwohner*innen oder Landwirt*innen eine Ad-hoc-Bürgerinitiative oder nutzten einen bestehenden lokalen Verein. Wie andere Protestakteur*innen mobilisierten sie weitere Mitglieder der lokalen Öffentlichkeit, sowohl Einzelpersonen als auch bestehende Gruppen oder Verbände. Im Laufe der Ereignisse wurde diese Gruppe zum Kern eines größeren und weniger konsolidierten Netzwerks – die Antiwachstumskoalition. Die Mobilisierung für die Koalition erfolgt weniger direkt und mag manchmal eher zufällig erscheinen, da die »Mitglieder« einzeln und unabhängig voneinander die Entscheidung treffen, ähnliche politische Positionen zu übernehmen und öffentlich zu vertreten. Diese Entscheidung führt dazu, dass sie von außen als »Gegner*innen« und somit als Teil der Koalition betrachtet werden, unabhängig von der tatsächlichen Unterstützung oder (meist bilateralen) Zusammenarbeit.

Beispiele für Akteurskonstellationen und Politisierung in Antiwachstumskoalitionen

Innerhalb des eingangs genannten Forschungsvorhabens wurden in fünf Fallstudien mindestens Ansätze für Antiwachstumskoalitionen gefunden, ein sechster Fall, die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM) »Münchner Norden« wurde

nicht eigenständig untersucht, besitzt aber starke Bezüge zum zweiten Fall in der bayrischen Landeshaupt, der SEM »Münchner Nordosten« (Tab. 2). Die am stärksten ausgeprägte AWK, an der auch Umlandkommunen und deren Vertreter*innen in regionalen Gremien beteiligt sind, findet sich im Nordwesten Frankfurts, wo der »Stadtteil der Quartiere« entstehen soll. In einem weiteren Frankfurter Fall (Erweiterungsgebiet »Am Eschbachtal«), im Fall des neuen Hamburger Stadtteils Oberbillwerder und in Freiburg ist das Akteursspektrum der jeweiligen AWK hingegen nicht vollständig ausgebildet.

Damit gibt die Akteurskonstellation bereits Aufschluss über Teile der lokalen planerisch-stadtpolitischen Möglichkeitsstruktur. Das Anwohner*innen in allen AWK vertreten sind, ist zunächst auf deren Betroffenheit zurückzuführen. In den (unvollständigen) Koalitionen in Hamburg und den beiden Frankfurter Fällen nehmen sie eine führende Rolle ein. Dass sie aber auch in den von Landwirt*innen dominierten Koalitionen in München und Freiburg akzeptiert sind, hängt auch damit zusammen, dass in den von ihnen gegründeten Bürgerinitiativen eine überdurchschnittliche Ressourcen- und Kompetenzausstattung erkennbar ist. Sie fällt insbesondere in den Fällen auf, in denen von der Sozialstruktur unterschiedliche Quartiere an die Neubauvorhaben angrenzen. Es zeigt sich, dass viele Vorstadtbewohner*innen, die in diesen Bürgerinitiativen aktiv sind, in den vor wenigen Jahrzehnten neu entstandenen Vorstadtsiedlungen zudem eine lokale Zivilgesellschaft mit aufgebaut oder weiterentwickelt haben. So bestehen vielfältige lokale Netzwerke und teils bereits Erfahrungen mit Planungsprotesten, aus denen in München und Hamburg dauerhafte Vereine hervorgegangen sind, die sich für die lokale Umwelt und das kulturelle Erbe einsetzen. Die lokale Zivilgesellschaft wird durch Organisationen auf gesamtstädtischer und überörtlicher Ebene ergänzt, insbesondere die institutionalisierten Natur- und Umweltschutzverbände.

Landwirt*innen, durch Flächeneigentum einst wichtige Teile der Wachstums-koalitionen, sind nun zentraler Bestandteil fast aller AWK mit Ausnahme eines Gebiets in städtischem Besitz (»Am Eschbachtal«). Im Münchner Norden und in Freiburg waren sie sogar die ersten, die sich gegen die geplanten Stadterweiterungen wehrten. Sie gründeten BI-ähnliche, aber stark professionalisierte Organisationen, in München etwa unterstützt durch eine Marketingagentur, die eine Kampagne für den Kampf um den »Heimatboden« erstellte (Koch 2018). Dabei leistete zunächst eine Bürgerinitiative aus dem Münchner Nordosten Aufbauhilfe, die schon seit Jahren ohne großen Erfolg aktiv war und bei der die Landwirt*innen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die Unterstützung zahlte sich aus, mobilisierten schnelle Erfolge im Münchner Norden doch auch im Nordosten zusätzliche Ressourcen, insbesondere landwirtschaftliche Akteur*innen und Teile der lokalen politischen Elite.

Tab. 2: Akteur*innen in den Antiwachstumskoditionen

Stadt	Hamburg	Frankfurt a.M.		Freiburg	München	
Urban Expansion	Oberbillwerder	Am Eschbachtal	Stadtteil der Quartiere	Dietenbach	Münchner Nordosten	Münchner Norden (keine Fallstudie)
Anwohnende	●	●	□	□	●	□
Landwirt*innen	◇		●	●	□	●
lokaler Verein	□	□	□	□	□	□
supralokale Naturschutzverband			□	□	◇	□
Bauernverband			□	□	□	□
Ortsbeirat/Bezirksausschuss o.Ä.		□	□		□	□
Opposition im Stadtrat	□		□		□	□
Nachbarkommunen			□			

(● = Hauptakteur*in, □ = weitere Akteur*in, ◇ = Unterstützer*in)

Von besonderer Bedeutung ist die in den länderspezifischen Kommunalverfassungen festgelegten Kompetenzen der untersten politischen Ebene der Orts- und Bezirksvertretungen (Kienast/Bertram 2022). In München besteht mit den Bezirksausschüssen ein besonders gut ausgestattetes Gremium, das oftmals als »Sprachrohr« der Bewohner*innen fungiert – auch solcher, die protestieren. In den beiden Münchner Fällen können die jeweiligen Bezirksausschüsse ebenso wie örtliche Abgeordnete des Landtags als AWK-»Mitglieder« angesehen werden. Auffällig ist hier, dass mehrere CSU-Vertreter*innen eine sehr aktive Rolle übernommen haben, obwohl die Partei die beiden SEM auf Stadtebene zunächst unterstützte (s.u.). Ähnlich verhält es sich bei den Grünen: Auf Bezirks- und Landesebene wird erhebliche Kritik geäußert, die Vorhaben im entscheidenden Stadtrat aber unterstützt. Eine ähnliche Konstellation wurde in Frankfurt von den Protestierenden zunächst nicht erkannt und der weit schlechter gestellte Ortsbeirat zunächst als untätig kritisiert. In Hamburg orientiert sich die Politik in den deutlich größeren Bezirken stärker an den Mehrheitsverhältnissen im Stadtparlament. In Freiburg wiederum fehlt ein politisches Gremium auf Ortsebene, was neben der fast einstimmigen Unterstützung durch den Stadtrat die Möglichkeiten der dortigen AWK stark einschränkt. Damit wird die Bedeutung der Ortspolitik gerade durch ihr Fehlen deutlich: Beim Freiburger Bürgerentscheid stand der stadtweiten Mehrheit für den neuen Stadtteil eine deutliche lokale Ablehnung entgegensteht, die in der verfassten Politik nicht vertreten wird (Kienast/Bertram 2022).

Alle sechs Stadtentwicklungsprojekte sind auch gesamtstädtisch Gegenstand kommunalpolitischer Kontroversen. Da jedoch die Wohnungs- und Bezahlbarkeitskrise für fast alle politischen Parteien oberste Priorität hat, gab es zumindest in Frankfurt, Freiburg und – anfangs – München parteiübergreifende Unterstützung. Nur einige linke Fraktionen und sehr kleine Wählervereinigungen lehnten die Projekte in den Stadträten ab. Allein im Stadtstaat Hamburg sprach sich auch die CDU-Opposition von Anfang an gegen die Pläne für »Oberbillwerder« aus. In München hat die CSU im Landtagswahlkampf die Seiten gewechselt, um sich mit der traditionell starken Bauernlobby zu verbünden und die Unterstützung in den ländlichen Gebieten Bayerns zu sichern. Die Sozialdemokrat*innen und die traditionell wachstumsskeptischen Grünen hingegen unterstützen alle sechs Projekte. In München sind sie zudem Verfechter*innen der SEM als Mittel zur Senkung der Wohnkosten. Der »Stadtteil der Quartiere« ist der einzige, der erhebliche Auswirkungen auf die Nachbargemeinden hat. Dies hat zur Folge, dass in Frankfurt die meisten Aktivist*innen der Bürgerinitiative sowie die betroffenen Landwirt*innen aus den umliegenden Gemeinden stammen und die örtlichen Stadtverordneten und politischen Parteien das Projekt unabhängig von der Parteilinie innerhalb der Stadt Frankfurt ablehnen und in der AWK wichtige Partner*innen sind.

Die Akteurszusammensetzungen der untersuchten AWK zeigen, dass aus den von Molotch (1976) als schwach beschriebenen Gegner*innen der Wachstumskoaliti-

on ernsthafte Konkurrent*innen geworden sind, die etwa in Freiburg einen Bürgerentscheid, in München einen zeitweisen Verzicht auf das potenziell in das Eigentum eingreifende Planungsinstrument der SEM und in Frankfurt eine De-Facto-Ablehnung der Regionalversammlung erzwangen. Zugleich zeigt sich, dass die Ressourcen und Möglichkeiten weiterhin begrenzt sind, der Bürgerentscheid verloren und die SEM wieder aufgenommen wurden und sich erst zeigen muss, ob Alternativstandorte in der Region Frankfurt den Wohnraumbedarf decken können. Jenseits der Einzelbeispiele zeigt bereits der Akt des Zusammenschlusses (Warren 2001) in AWK eine erkennbare Politisierung des oftmals als unpolitisch, weil eigennützig gescholtenen »Betroffenenprotests« (Othengrafen/Sondermann 2015), denn viele der beteiligten Akteur*innen sind parteipolitisch aktiv oder in lobbyistische Strategien eingebunden. Durch die Bildung der AWK verändern ihre Mitglieder also selbst die suburbane Möglichkeitsstruktur und tragen mit zu deren »Erwachen« als emanzipierte und politisierte Teile der Stadtgesellschaft bei.

Dabei überbrücken sie auch Grenzen zwischen politischen Lagern und zwischen sonst gegensätzlichen Interessen wie Umweltschutz und Landwirtschaft. Dies führt einerseits zu einer stärker gemeinwohlorientierten Argumentation, die persönliche Betroffenheit nur als eine Begründung anführt und darüber hinaus nicht standortgebunden ist. Diese argumentative Vernetzungsleistung ist ebenfalls nur in der veränderten suburbanen Möglichkeitsstruktur denkbar. Alle Akteur*innen sind in einem Bestreben um den Schutz von Boden und Land verbunden, die von den einen als ökologisches oder kulturelles Schutzgut und von den anderen als Produktionsgrundlage angesehen werden. Die wohlhabenderen Anwohner*innen in Vorstädten sind in der Regel Eigentümer*innen, die ihr Kapital schützen. Im Gegensatz dazu sind vor allem Landwirt*innen, die nicht Eigentümer*innen des Bodens sind, darauf angewiesen, diesen für die Landwirtschaft zu nutzen, um Umsatz zu erzielen. Mit steigenden Gewinnen aus der landwirtschaftlichen Produktion sind mittlerweile auch die Landbesitzer*innen weniger an einer Kapitalisierung interessiert, sondern wollen ihre langfristigen Interessen schützen. Statt wie zu Zeiten der Wachstumskoalitionen das Wachstum der Städte durch eine intensivere Landnutzung zu unterstützen, sehen sie das Wachstum heute im Anbau von Nutzpflanzen. In vielen Fällen ist ein erneuerter Stolz, Lebensmittel zu produzieren, Menschen zu ernähren und die natürlichen Produktionsgrundlagen zu schützen erkennbar. All dies ist im Namen der Münchner Initiative »Heimatboden« zusammengefasst. Unter Umweltschützer*innen wiederum hat der Flächenschutz im vergangenen Jahrzehnt auch durch Gesetzesänderungen deutlich an Bedeutung gewonnen (Karrenstein 2019). Dieser stellt zudem eine geeignete Basis für die Zusammenarbeit mit Landwirtschaftsverbänden dar.

Suburbane sub- und reurbanisierte Suburbia-Kritik: Von Antiwachstum zu Postwachstum?

Gerade in Raumsoziologie und Planungswissenschaften ist die Kritik an der gebauten und vor allem sozialen Umwelt suburbaner Stadterweiterungen seit Jahrzehnten fester Teil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Ihr gesellschaftspolitisches Gegenstück war bislang jedoch nicht innerhalb der viel gescholtenen Vorstädte selbst zu finden, sondern in innerstädtischen Bewegungen und Protesten (Frank in diesem Band). In der Bundesrepublik waren selbst so genannte »NIMBY«-Proteste selten in suburbanen Gebieten anzutreffen (Menzl 2014). Die zuvor dargestellten AWK stellen nur in Teilen eine Suburbanisierung dieser kritischen Haltung dar – insbesondere dort, wo ökologisch motivierte Kritik unter Anerkennung der geringen Nachhaltigkeit der suburbanen Lebensweise wesentlicher Teil der Motivation und Begründung des lokalen Planungsprotests sind. Sie beinhalten vielmehr zu einem erheblichen Teil endogene, spezifisch suburbane sowie exurbane Anlässe und Forderungen: Dies betrifft den landwirtschaftspolitischen Aspekt des Flächen-, Produktions- und Strukturerhalts ebenso wie Bezüge zur lokalen Identität, die etwa in Verweisen auf suburbane Lebensweise – ggf. auch Kultur –, bauliche Form oder Sozialstruktur zum Ausdruck kommt. Die lokalen Akteur*innen sehen sich hier insbesondere durch die »reurbanisierten« städtebaulichen Formen und Dichten neuer Quartiere herausgefordert, die sich stärker an urbanen Vorbildern orientieren als an dem, was bislang auch in der Fachwelt als suburban konnotiert galt und den Erfahrungen und Gewohnheiten der Bevölkerung in angrenzenden Bestandsgebieten entspricht. Ihre Kritik reproduziert somit in Teilen hergebrachte Dichotomien zwischen Urbanität und Suburbanität.

Zugleich finden sich auch in den AWK selbst Aspekte einer gesellschaftlichen Reurbanisierung: Obwohl ihre Mitglieder zumindest in Teilen Suburbanit*innen sind orientieren sie sich in ihrer Argumentation stark an veränderten Lebensweisen und Standortpräferenzen und hinterfragen, ob diejenigen, die heute in die »Schwarmstädte« ziehen, tatsächlich ihre neuen Nachbar*innen werden wollen. Sie selbst und ihre Bestandsquartiere haben zum Teil eine erhebliche Urbanisierung in Bezug auf Emanzipation, aber auch Historizität hinter sich, wie die veränderte planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstruktur belegt. Die Konzentration auf lokale Identität ist seit Castells ein wesentliches Kennzeichen »urbaner« sozialer Bewegungen und Proteste (Castells 1983). Und schließlich ist die wesentliche artikulierte Alternative die der (innerstädtischen) Bestandsentwicklung und Nachverdichtung. So werden etwa in Freiburg sämtliche Potenzialgebiete erhoben und mit der Ausweisung gegengerechnet.

Hier verbindet sich die aktuelle suburbane Planungskritik mit der planerischen Suburbanisierungskritik. Die AWK greifen bestehende Leitbilder einer kompakten Siedlungsstruktur und Flächeneinsparziele auf, legen sie aber radikaler aus, als dies

die räumliche Planung zumindest in ihrer praktischen Anwendung derzeit tut bzw. als möglich erachtet und wendet sie gegen die Bestrebungen zur Stadterweiterung und Urbanisierung der angestammten vorstädtischen Situation. Angesichts des eigenen – bei Wohnstandortwahl allerdings ebenfalls leitbildkonformen und staatlich geförderten – suburbanen Lebensstils, Flächen- und Ressourceninanspruchnahme vieler Kritiker*innen mag dies widersprüchlich oder gar opportunistisch erscheinen. Zugleich gelingt es ihnen jedoch, zentrale Widersprüche zwischen Anspruch und Realität aktueller Stadtentwicklungsplanung zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung, Kompaktheit und Flächeninanspruchnahme, Verkehrsvermeidung und Überlastung der Infrastruktur sowie Metropolisierung, »Wachstumsschmerzen« und ländlicher Bestandsentwicklung aufzuzeigen. Einfache Alternativen, die eine Verlagerung der geplanten Quartiere nach dem so genannten »St. Florians-Prinzip« vorsehen und dortige Beeinträchtigungen egoistisch in Kauf nehmen würden, sind in der Argumentation der AWK hingegen explizit nicht zu finden – wenn man so will, auch das entweder ein Effekt der Koalitionsbildung oder eine Orientierung an »urbaner« Toleranz.

So interpretiert stünden die AWK auch dem Postwachstumsdiskurs nahe (vgl. Menzl in diesem Band), doch ist hier eine Relativierung angebracht: Zwar werden, die beschriebenen Argumente übernommen, in Teilen wachstumskritische Fragen etwa zur Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung in den Herkunftsregionen der Zuziehenden gestellt, Prognosen und Trendfortschreibungen hinterfragt und Kehrseiten des Stadtwachstums betont. Mit Ausnahme von klassischen Natur- und Umweltverbänden, die in ihren Forderungen kaum über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hinausgehen, sind allerdings bislang keine Aktuer*innen aus der Postwachstumsbewegung in den AWK in Erscheinung getreten – auch nicht in Frankfurt und Freiburg, wo radikalere Teile der Umwelt- und Klimaschutzbewegung sich in anderen Fällen durchaus in stadtentwicklungspolitische Auseinandersetzungen eingebracht haben. Die bisherigen Mitglieder der AWK hingegen sind für solche Radikalität eher unverdächtig, haben sie doch selbst oftmals am Wachstum als Suburbanit*innen oder Landeigentümer*innen partizipiert.

Die Überschneidungen zeigen aber auch, dass der Begriff der AWK mindestens missverständlich ist: Die Vorsilbe »Anti« stellt den abwehrenden Teil der Forderungen in den Vordergrund, verkennet die »doppelte Signatur« von Protest (Rucht 2001), der stets nicht nur *gegen*, sondern auch *für* etwas eintritt, und stellt eine Nähe zum häufig negativ konnotierten »NIMBY«-Begriff her (Lake 1993). Ginge es nicht auch darum, die nicht nur konzeptionelle Nähe zu den städtischen Wachstumskoalitionen zu betonen, müsste man wohl von wachstumskritischen Koalitionen sprechen. Doch sind AWK gerade für die Wachstumskoalitionen, »gegen« die sie sich positionieren, bedeutsam: Einerseits können letztere an ersteren wachsen, benötigten sie doch schon immer eine gewisse Opposition, um trotz teils widerstrei-

tender Interessen eine Koalition zu formen (Molotch 1976). Zwar sind AWK gerade der Beleg, dass sich die Ressourcenmobilisierung der Gegner*innen deutlich verbessert hat (Lipsky 1968), doch könnte dies auch lediglich zu einer noch stärkeren Gegenmobilisierung seitens der Wachstumskoalitionen führen. Andererseits ist eine Konsequenz gerade der argumentativen Anklänge an den Postwachstumsdiskurs, dass sie nicht länger »nur« Wettbewerbskoalitionen sind, die allein den Ort des Wachstums bestimmen (Domhoff 2005). Längst wird lokal auch darüber verhandelt, ob überhaupt gebaut wird: Trotz »neuer Suburbanität« kann die »reurbanisierte« Baulandausweisung nicht länger von einer Ubiquität der Standorte ausgehen, kann Urbanität nicht ohne ein Mindestmaß an Zentralität »produziert« werden und ist die Wohnstandortwahl trotz Wohnraumangel zumindest in entscheidenden Segmenten weiter selektiv. Entsprechend ist »Bauen, Bauen, Bauen« heute das – durchaus auch sozialpolitisch motivierte – Mantra von kommunalpolitischen Teilen der städtischen Wachstumskoalitionen (Pätzold 2021). Wachstumsaffine Kommunalpolitiker*innen bedürfen dieser affirmativen Losung jedoch auch, weil längst die Frage verhandelt wird, ob überhaupt gebaut werden muss (Fuhrhop 2015; Fuhrhop 2020).

Literatur

- Bertram, Grischa Frederik (2014): »Wir sind die Zielgruppe! Zur Bedeutung bürgerschaftlichen Protests bei der Konstruktion von Zielgruppen«, in: Uwe Altröck/Sandra Huning/Thomas Kuder/Henning Nuissl (Hg.), Zielgruppen in der räumlichen Planung. Konstruktionen, Strategien, Praxis, Berlin: Verlag Uwe Altröck (Planungsrundschau, 21).
- Bertram, Grischa Frederik (2019): »Aber nicht so!«. Theorie und Praxis, Ansprüche und Wirklichkeiten bürgerschaftlichen Planungsprotests in Berlin 2005 bis 2015, Kassel: Universitätsbibliothek Kassel, <https://doi.org/10.17170/kobra-2019-0129119>
- Bertram, Grischa Frederik/Altröck, Uwe (2020): »Auf dem Weg zur Normalität: Planungsbezogener Protest und planerische Reaktionen«, in: Raumforschung und Raumordnung Spatial Research and Planning 78 (2), S. 1–17, <https://doi.org/10.2478/rara-2019-0059>.
- Bertram, Grischa Frederik/Bertram, Henriette (2019): »Neuer suburbaner Protest? Von »NIMBYs« über politischen Planungsprotest zu Antiwachstumskoalitionen«, in: Raumplanung (6), S. 48–54.
- Bertram, Grischa/Altröck, Uwe (2021a): Aktuelle Strategien zum Umgang mit einem dynamischen Stadtwachstum. Endbericht. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Berlin, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload

- /o8_publicationen/studien/PDFs/Studien_Befragungen/2021_Wachstumsschmerzen_Langfassung_zur_Schriftenreihe_Nr._30.pdf.
- Bertram, Grischa/Altrock, Uwe (2021b): Wachstumsschmerzen. Kommunale Strategien und ihre Wirkungen. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw Forschung, 30), https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._30_Wachstumsschmerzen_web.pdf.
- Bertram, Henriette (2021): Genderverhältnisse und (suburbaner) Raum – Wechselwirkungen, Wandel und Rolle der Planung, Kassel: Universitätsbibliothek Kassel, <https://doi.org/10.17170/kobra-202105314028>
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2008): Expertise »Stadttrendite durch kommunale Wohnungsunternehmen«. Abschlussbericht, Berlin/Bonn, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2008/DL_ON012008.pdf?__blob=publicationFile&v=1.
- Butzlaff, Felix (2016): Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder, Bielefeld: transcript, <https://doi.org/10.1515/9783839433416>
- Castells, Manuel (1983): The city and the grassroots. A cross-cultural theory of urban social movements, London: University of California Press.
- Cotgrove, Stephen/Duff, Andrew (2003): »Middle-Class Radicalism and Environmentalism«, in: Jeff Goodwin/James M. Jasper (Hg.), The social movements reader. Cases and concepts, Malden: Blackwell Publishing Ltd., S. 71–80.
- Domhoff, G. William (2005): Power at the local Level: Growth Coalition Theory, http://whorulesamerica.ucsc.edu/local/growth_coalition_theory.html
- Eisinger, Peter K. (1973): »The conditions of protest behavior in American cities«, in: American Political Science Review 67 (01): S. 11–28.
- England, Kim V.L. (1993): »Suburban Pink Collar Ghettos: The Spatial Entrapment of Women?«, in: Annals of the Association of American Geographers 83 (2): S. 225–242, <https://doi.org/10.1111/j.1467-8306.1993.tb01933.x>.
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts, Opladen: Leske + Budrich, https://doi.org/10.1007/978-3-663-11479-6_8
- Fuhrhop, Daniel (2015): Verbieta das Bauen. Eine Streitschrift, München: oekom Verlag.
- Fuhrhop, Daniel (2020): Verbieta das Bauen! Streitschrift gegen Spekulation, Abriss und Flächenfraß, München: oekom Verlag.
- Fuhse, Jan (2006): »Gruppe und Netzwerk – eine begriffsgeschichtliche Rekonstruktion«, in: Berliner Journal für Soziologie 16 (2), Berlin: Springer VS, S. 245–264.
- Gans, Herbert J. (1962): »Urbanism and suburbanism as ways of life. A re-evaluation of definitions«, in: Arnold M. Rose (Hg.), Human behaviour and social processes.

- An interactionist approach, London: Routledge (International library of sociology).
- Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (2014): Stadt und soziale Bewegungen, Wiesbaden: Springer VS, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01398-1>
- Göb, Angelina (2019): »Heimat im Suburbanen?«, in: Martina Hülz/Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.), RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft. Heimat. Wiesbaden: Springer, S. 245–257.
- Guggenberger, Bernd (2009): »Bürgerinitiativen«, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften, S. 39–45.
- Hayden, Dolores (1980): »What Would a Non-Sexist City Be Like? Speculations on Housing, Urban Design, and Human Work«, in: Signs 5 (3) Supplement. Women and the American City: The University of Chicago Press, S170–S187, <https://doi.org/10.1086/495718>
- Jasper, James M. (2012): »Choice Points, Emotional Batteries, and Other Ways to Find Strategic Agency at the Microlevel«, in: Gregory M. Maney/Rachel V. Kutz-Flammenbaum/Deano A. Rohlinger/Jeff Goodwin (Hg.): Strategies for social change, Minneapolis, MN: University of Minnesota Press, S. 23–42.
- Karrenstein, Fabian (2019): »Das neue Schutzgut Fläche in der Umweltverträglichkeitsprüfung«, in: Natur und Recht 41 (2): Springer-Verlag, S. 98–104, <https://doi.org/10.1007/s10357-019-3472-0>.
- Keil, Roger (2018): Suburban planet. Making the world urban from the outside in, Cambridge: Polity (Urban futures, 2018: 1).
- Kienast, Gerhard/Bertram, Grischa Frederik (2022): Local Opportunity Structures for Planning-related Protest in major German Cities. AESOP Annual Congress. Tartu, 26.07.2022.
- Koch, Josef (2018): »Felder statt Beton«, in: agrarheute (12), S. 26–30.
- Kramper, Peter (2019): Neue Heimat. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950–1982, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, <https://doi.org/10.25162/9783515095181>
- Kühn, Manfred/Boeth, Henning/Nettelbladt, Gala (2020): »Zuwanderungspolitiken: Lokale Koalitionen in Hochschulstädten«, in: Björn Egner/Detlef Sack (Hg.), Neue Koalitionen – alte Probleme: Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 153–180, https://doi.org/10.1007/978-3-658-28452-7_8
- Lake, Robert W. (1993): »Rethinking NIMBY«, in: Journal of the American Planning Association 59 (1), S. 87, <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=buh&AN=9608215013&site=ehost-live>.
- Lipsky, Michael (1968): »Protest as a Political Resource«, in: The American Political Science Review 62 (4), S. 1144–1158, <https://doi.org/10.2307/1953909>.

- Logan, John R. (1976): »Logan on Molotch and Molotch on Logan: Notes on the Growth Machine-Toward a Comparative Political Economy of Place«, in: *American Journal of Sociology* 82 (2), S. 349–352, <https://doi.org/10.1086/226313>.
- Logan, John R./Molotch, Harvey L. (1987): *Urban Fortunes. The Political Economy of Place*, Berkeley: University of California Press.
- Lütke, Petra/Wood, Gerald (2016): »Das »neue« Suburbia?«, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.), *Im Schatten der Reurbanisierung? Suburbias Zukünfte*, Berlin: Franz Steiner Verlag, S. 349–360.
- McAdam, Doug (1996): »Conceptual origins, current problems, future directions«, in: Doug McAdam (Hg.): *Comparative perspectives on social movements*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 23–40.
- Menzl, Marcus (2007): *Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg*: Campus Verlag.
- Menzl, Marcus (2014): »Nimby-Proteste – Ausdruck neu erwachten Partizipationsinteresses oder eines zerfallenden Gemeinwesens?«, in: Norbert Gestring/Renate Ruhne/Jan Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 65–82, https://doi.org/10.1007/978-3-658-01398-1_4
- Meyer, David S. (2004): »Protest and Political Opportunity«, in: *Annual Review of Sociology* 30 (03600572): *Annual Reviews*, S. 125–145, <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.30.012703.110545>
- Molotch, Harvey (1976): »The City as a Growth Machine: Toward a Political Economy of Place«, in: *American Journal of Sociology* 82 (2), S. 309–332, <https://doi.org/10.1086/226311>.
- Nolte, Paul (2011): »Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2/2011, S. 5–12.
- Offe, Claus (2003): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt a.M.: Campus-Verlag.
- Opp, Karl-Dieter (1996): »Gesellschaftliche Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorienvergleich von Erklärungen politischen Protests« in: *Zeitschrift für Soziologie* 25 (3), S. 223–242, <https://doi.org/10.1515/zfsocz-1996-0304>
- Opp, Karl-Dieter (2009): *Theories of political protest and social movements. A multidisciplinary introduction, critique, and synthesis*. London, New York: Routledge.
- Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (2015): »Einführung: Proteste, Konflikte und die Kultur der Planung« in: Frank Othengrafen/Martin Sondermann (Hg.), *Städtische Planungskulturen. im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen*, Berlin: Uwe Altröck Verlag.
- Pätzold, Ricarda (2021): »Bauen, Bauen, Bauen – aber wie und wo? Kommunale Instrumente der Bodenpolitik« in: *KommunalPraxis: Fachzeitschrift für Verwal-*

- tung, Organisation und Recht. Spezial, <https://repository.difu.de/jspui/handle/difu/583489>.
- Pollack, Detlef (2000): Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen: Leske + Budrich.
- Rahn, Cornelia (2011): Restriktionen und Optionen in Suburbia. Genderspezifika von Arbeit, Mobilität und Sozialkapital im Berliner Umland. Dissertation, Humboldt Universität zu Berlin, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II, Berlin.
- Roth, Roland (2015): »Intermediäre Akteure in einer »vielfältigen Demokratie«, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5), S. 226–230, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2015/5_2015/FWS_5_15_Roth.pdf
- Rucht, Dieter (2001): »Protest und Protestereignisanalyse. Einleitende Bemerkungen«, in: Dieter Rucht (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a.M.: Campus-Verlag, S. 7–25.
- Rucht, Dieter (2006): »Politischer Protest in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Einflussfaktoren«, in: Beate Hoecker (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. 1. Auflage, Leverkusen: Budrich, S. 184–208.
- Sandercock, Leonie/Forsyth, Ann (1992): »A Gender Agenda: New Directions for Planning Theory«, in: Journal of the American Planning Association 58 (1), S. 49–59, <https://doi.org/10.1080/01944369208975534>.
- Schierup, Carl-Ulrik/Ålund, Aleksandra/Kings, Lisa (2014): »Reading the Stockholm riots – a moment for social justice?«, in: Race & Class 55 (3), S. 1–21.
- Schmidt, Alexander/Schrader, Christian/Zschiesche, Michael (2014): Die Verbandsklage im Umwelt- und Naturschutzrecht, München: Beck Verlag.
- Selle, Klaus (2015): »NIMBY, NIMFYE, LULU und andere... Vom Umgang mit Eigensinn, oder: Gemeinwohl als Verfahren«, in: PND online (01/2015), <https://www.planung-neu-denken.de/content/view/316/41>.
- Silver, Marc L./Melkonian, M. (1995): Contested terrain. Power, politics and participation in suburbia, Westport: Greenwood Press.
- Strom, Elizabeth (1996): »In Search of the Growth Coalition. American Urban Theories and the Redevelopment of Berlin«, in: Urban Affairs Review 31 (4), S. 455–481, <https://doi.org/10.1177/107808749603100402>.
- Tarrow, Sidney G. (2011): Power in movement. Social movements and contentious politics. 3. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press.
- Walks, Alan (2013): »Suburbanism as a Way of Life, Slight Return«, in: Urban Stud 50 (8), S. 1471–1488, <https://doi.org/10.1177/0042098012462610>.
- Warren, Mark (2001): Democracy and association, Princeton: Princeton University Press.
- Wirth, Louis (1938): »Urbanism as a Way of Life«, in: The American Journal of Sociology 44 (1), S. 1–24, <https://doi.org/10.1086/217913>

Tabellen

Tabelle 1: Bertram, Grischa Frederik (2022): Ursprüngliche und veränderte planerisch-stadtpolitische Möglichkeitsstrukturen für lokalen Planungsprotest.

Tabelle 2: Bertram, Grischa Frederik (2022): Akteur*innen in den Antiwachstumskoalitionen.